

**Zeitschrift:** Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur  
**Herausgeber:** Gesellschaft Schweizer Monatshefte  
**Band:** 18 (1938-1939)  
**Heft:** 5

**Rubrik:** Politische Rundschau

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 05.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Politische Rundschau

## Schweizerische Umschau.

„Allzeit bereit!“ in Zürich 1938. / Einige Erwägungen zur Bundesfinanzreform.  
/ Ein „führendes Wochenblatt für Schweizerische Politik“. / Geistige Landesverteidigung durch besangene Jugend.

Wer um den heurigen Bundesfeiertag herum die Höhe des Zürichberges durchstreifte, der genoß ein seltenes Erlebnis: er stieß auf das Bundeslager des Schweizerischen Pfadfinderverbundes. Vor seinem Auge tat sich eine Stadt von mehr als zweitausend Zelten auf, die mit siebentausend munteren Pfadfindern bevölkert war. Konnte er es sich versagen, durch die Straßen und Gassen dieser seltsamen Stadt zu wandern? Wohl kaum! Wie frisch, aber auch wie würzig war doch der Geist, der ihm da entgegenwehte! Welche Freuden und Hoffnungen für Volk und Vaterland vermochte dieser Geist doch anzuregen! Aus voller Kehle ließ das braune Jungvolk sein Bekenntnis erschallen, ein Bekenntnis, das keine Zweifel umnebelten:

Allzeit bereit! Dem Lande gilt es,  
Das uns der Ahn zur Heimat schuf,  
Vom Rhein zur Rhone mächtig schwillt es  
Als unser Dank- und Freudenruf.

So sangen und dachten sie alle, die Zürcher und die Berner, die Genfer und die Basler, die Waadtländer und die St. Galler, die Schaffhauser und die Tessiner. Aus allen Ständen der Eidgenossenschaft waren sie angerückt und hatten da so friedlich ihre Zelte nebeneinander aufgeschlagen, wie im Bunde ein Kanton an den anderen sich schmiegt. Wohl gab es Grenzpfähle, wohl hatte jedes Standeslager sein eigenes Tor und sein eigenes Wappen, wohl wechselten Sprachen und Konfessionen, aber ein Geist verband sie alle. Es war der vaterländische Geist. Es war aber nicht nur der vaterländische Geist. Es war auch der christliche Geist, der aus dem Gehaben der Pfadfinder sprach:

Im Geiste hell, im Herzen heiter  
Und dienstgewillt zu jeder Frist,  
Sind wir des Reiches Wegbereiter,  
Das aller Brüder Sehnsucht ist.

Die Feldmeisterschaft hatte diesem Zürcher Bundeslager seinen besonderen Sinn verliehen. War das Berner Lager von 1925 dazu bestimmt gewesen, über das Bestehen der Pfadfinderbewegung eine Orientierung zu schaffen, diente das Genfer Lager von 1932 zur Wahrnehmung der Fortschritte, so richtete sich jetzt die Hauptabsicht „auf die Gewinnung der öffentlichen Meinung des ganzen Landes, im besondern der Behörden und Erziehungsmänner“ für das Pfadfindertum. Der Zeitpunkt hierfür war nicht schlecht gewählt. Von allen Seiten blickt man heute auf die Jugend, in deren körperlicher und geistiger Förderung man eine Voraussetzung für den Bestand des Vaterlandes erkennt. Militärische und kulturelle Kreise sind daher im Begriffe, sich der Jugend stärker anzunehmen. Da erscheint die Gefahr, daß sowohl das Militär als auch die Schule in ihren Totalitätsbestrebungen alle Erziehung mit Beschlag belegen wollen. Insbesondere die Schule ist — manchmal mit barem neidischem Unverstand — sehr stark geneigt, das Pfadfindertum als lästige Konkurrenz auszuschalten und etwas Eigenes an

seine Stelle zu setzen. Demgegenüber war es unfehlbar angezeigt, einmal durch eine mächtige Manifestation dem erzieherischen Wert des Pfadfindergebans Ausdrück zu geben. „Wir wollen sichtbar dartun“, so hieß es in der Botschaft des Bundesfeldmeisters Dr. h. c. Louis Blondel, „daß wir in unserer Jugend mit Kraft wirken. Wir müssen auch vor Aller Augen beweisen, daß unsere Erziehungsart die beste zur Heranbildung nützlicher Bürger ist.“

Mir will heute scheinen, daß das Bundeslager seinen Zweck wirklich erfüllt habe. Schon rein äußerlich ist die Manifestation geglückt. Ich erinnere an die große Zeltstadt, an die vielen Tausende ihrer Bewohner, an die geistigen und körperlichen Leistungen der Pfadfinder, an das eindrückliche Nahebringen des Pfadfindertums durch eine Ausstellung. Ist nicht auch das zahlenmäßige Anwachsen der Bewegung von 5211 Aktiven im Jahre 1925 auf 10 256 im Jahre 1932 und volle 20 076 im Jahre 1938 ein Beweis für die großen Werte, welche ihr innewohnen? Wer wird instinktiv, sei er Lehrer oder Offizier oder Politiker, an dem mächtigen Baume vorübergehen können, der sich aus dem Keimling entwickelt hat, den die Christlichen Vereine Junger Männer anno 1912 in den Boden unseres Vaterlandes steckten? So wird man hinfort nach dem Wunsche der Führerschaft die Pfadfinderbewegung stets als gewichtigen Faktor in Rechnung ziehen müssen, wo man „Fragen der körperlichen Ertüchtigung der männlichen Jugend, ihre Vorbereitung auf den Wehrdienst, ihre Heranbildung in vaterländischer Gesinnung und ihre Erziehung auf christlicher Grundlage ernstlich erörtert“. Und wenn die Schule etwa die Absicht haben sollte, die Pfadfinderei zu verschlingen, so werden ihr nunmehr ganz gewiß einsichtige Leute, hoffentlich vor allem auch militärische Sachverständige, ein energisches Halt gebieten. Die Pfadfinderei hat sich darüber ausgewiesen, daß sie fähig ist, durch ihre praktische, der Knabennatur angepaßte religiös-sittliche und vaterländische Erziehungsmethode eine Kerntruppe der Schweizer Jugend auf dem Boden voller Freiwilligkeit heranzubilden.

Abgesehen von dem besonderen Zwecke der Manifestation wäre es durchaus angebracht, gegen die pfadfinderische Bedeutung eines solchen Bundeslagers Bedenken zu erheben. Warnt nicht selbst der Gründer der Pfadfinderbewegung, Sir Robert Baden-Powell, in seinem Buche „Scouting for Boys“: „Large camps are bad from a scout-training point of view“ — „Große Lager sind für die pfadfinderische Übung nicht geeignet“? Daß rein pfadfinderisch bei einer solch großen Veranstaltung nicht viel herauszuschauen werde, war übrigens schon vor dem Lager die Besorgnis einsichtiger Führer. Auch dürfte man sich trügerischen Hoffnungen hingegeben haben, wenn man glaubte, das Bundeslager werde sehr gemeinschaftsbildend werden. Auf Grund von Beobachtungen glaube ich sagen zu dürfen, daß die Knaben von diesem Lager in dieser Hinsicht nicht mehr davongetragen haben, als wenn sie in ihren Einheiten unter sich gewesen wären. Anders mag es sich hinsichtlich der Führer verhalten. Das Lager barg auch die Gefahr in sich, daß die Buben mit Eindrücken: Reisen, Sonderveranstaltungen, Genüssen übersättigt wurden, die sich mit Schlichtheit wenig vertragen. Endlich mahnte das Billet, das man sich zum Eintritte erkaufen mußte, schon mehr an eine Völkerschau im Zirkus oder an den nahen Zoologischen Garten. Diese Feststellungen möchte ich bei aller Anerkennung der großen Leistung des Pfadfinderbundes nicht unterdrücken, weil sie mir Wesentliches auszudrücken scheinen. Unser schweizerisches Pfadfindertum hat übrigens ja das Schöne an sich, daß es nicht eine erstarrte Form, sondern eine Bewegung ist, die sich Lehren ziehen kann. Der Bewegungskarakter bringt es allerdings auch mit sich, daß in ihr gewisse Spannungen herrschen. Gegenwärtig zum Beispiel wird um die Frage der eigentlich geistig-praktischen Pfadfinderbildung und der sportlich-militärischen Ausbildung gerungen, und auch das Problem des Ausbaues der Organisation nach unten und oben (Wölfe, Rovers, Garde) spielt eine Rolle. Die Führerschaft wird

dabei gut tun, wenn sie das echte Pfadfindertum nicht auf Kosten bloß zeitbedingter Strömungen preisgibt und sich in Bescheidenheit auf die Erziehung im normalen Pfadfinderalter konzentriert.

\* \* \*

Bei dem Problem der **B u n d e s f i n a n z r e f o r m** muß man sich vergegenwärtigen: Seit dem Jahre 1933 stützt sich unser Bundeshaushalt zu einem wesentlichen Teile auf finanzielle **N o t m a ß n a h m e n** (neue Abgaben, Zölle, Entnahmen aus Fonds, Einsparungen). Diese Maßnahmen wurden seinerzeit auf dem Dringlichkeitswege unter Ausschaltung des Volkes — mehrfach auch entgegen der Bundesverfassung — von der Bundesversammlung beschlossen. Dementsprechend gibt der Voranschlag für 1938 folgendes Bild:

Einnahmen, verfassungsmäßige und ordentliche gesetzliche	344,8 Mill. Franken
Einnahmen, auf Grund von Gesetzes- und Beschlußrevisionen	84,0 „ „
Einnahmen, ausschließlich auf Notrecht beruhende	91,0 „ „
<b>Total der Einnahmen</b>	<b>519,8 Mill. Franken</b>
Total der Ausgaben (Subventionen 103,0, Krisenausgaben 61,8)	542,9 „ „
<b>Ausgabenüberschuß</b>	<b>23,1 Mill. Franken</b>

Das auf vier bezw. fünf Jahre bemessene Notrégime wird nun Ende des laufenden Jahres 1938 **d a h i n f a l l e n**, wenn weder eine Verlängerung der Frist, noch die erforderlichen Verfassungs- und Gesetzesänderungen stattfinden. Ein solches Dahinfallen hätte zur Folge, daß nicht nur der zweite und der dritte Einnahmeposten verschwände, sondern daß auch die herabgesetzten Subventionen und Personalausgaben wieder ihren früheren Umfang annähmen. Die Einnahmen würden sich also auf 344,8 Mill. Fr., die Ausgaben auf 565 Mill. Fr. belaufen, womit ein **D e f i z i t v o n c a. 220 M i l l. F r a n k e n** entstände. Der Nationalrat hat nun am 24. Juni 1938 die bundesrätliche Vorlage „über eine **v e r f a s s u n g s m ä ß i g e N e u o r d n u n g d e s F i n a n z h a u s h a l t e s d e s B u n d e s**“ abgelehnt, worauf der Bundesrat mit dem Antrag auf Verlängerung des Finanznotrégimes um drei Jahre antwortete. Gegen eine solche Fortdauer der Dringlichkeitsbeschlüsse sprechen sich indessen sowohl die Freisinnigen als auch die Sozialdemokraten aus, und sie haben sich nunmehr mit den Katholisch-Konservativen und den Bauern auf eine dem Volke vorzulegende verfassungsmäßige „**Ü b e r g a n g s l ö s u n g**“ der Finanzreform für drei Jahre geeinigt. Darnach soll die Bundesversammlung **V o l l m a c h t z u w e i t e r e n N o t m a ß n a h m e n** im Rahmen der bisherigen erhalten.

Was sollen wir zu einer solchen „**Ü b e r g a n g s l ö s u n g**“ sagen? Sie ist ihrem Ursprunge nach ein **A n g s t p r o d u k t** und eine Frucht **d e m o k r a t i s c h e r G e w i s s e n s b i s s e**. Nachdem man jahrelang „Dringlichkeitspolitik“ getrieben hat, nachdem dagegen die schärfsten Vorwürfe erhoben worden sind, nachdem das vollendete finanzielle Chaos vor der Türe steht, soll nun schnell etwas Verfassungsmäßiges zubereitet werden. Aber ein ebenso starkes Motiv wie die demokratische Geradlinigkeit sind natürlich die im nächsten Jahre wieder fälligen Nationalratswahlen, bei denen sich keine Partei als Urheberin einer Unordnung vorstellen möchte. Im Gegenteil — das werden weder die Freisinnigen noch die Sozialisten bestreiten wollen — gilt es natürlich für die Parteien, alles Mögliche vorzukehren, um vor den Wählern als „**feine Hirsche**“ dazustehen, wenn die Demokratie ihre Prüfung abhält. An diesem sehr persönlichen Moment ändert alle peinliche demokratische Grundspflicht, wie sie jetzt die SP und andere an den Tag legen, nicht das Geringste. Schließlich könnte aber auch aus solchen nebenfächlichen Motiven etwas Gutes erwachsen. Wir betrachten daher den **I n h a l t d e r „Ü b e r g a n g s l ö s u n g“**: Die Bundesversammlung soll Vollmacht erhalten zu **w e i t e r e n N o t**

maßnahmen im Rahmen der bisherigen; drei Jahre lang soll so gewirtschaftet werden dürfen. Wenn wir recht sehen, so bieten uns die Parteien da einfach den alten finanzpolitischen Gemüsekorb zum Mittragen an. Immerhin nicht ganz. Um ihn schmackhafter zu machen, haben sie noch eine gute Wurst hineingelegt und Beiträge für die Altersfürsorge versprochen. Man weiß nicht: soll man diese Geste als Akt des Mitleides mit den bedürftigen Alten oder als eine niedrige Würdigung der Bürgerschaft werten. Jedenfalls ist inhaltlich zur Hauptsache dieser Gemüsekorb noch der selbe, den die Bundesversammlung schon fünf Jahre lang herumgetragen hat, den der Nationalrat am 24. Juni 1938 fallen ließ, und den der Bundesrat in seinem Antrage wieder aufnahm, um ihn wieder in die Hände der Bundesversammlung zu legen. Man hat weder etwas dazu noch etwas davon getan. Der springende Punkt ist nur, daß fortan das Volk diesen Gemüsekorb mittragen soll. Damit ist natürlich nichts anderes gemeint als eine Stabilisierung der Finanzen, eine Sicherung insbesondere der Ausgabenwirtschaft, eine Präjudizierung der zukünftigen Lösung und eine Abwälzung der Verantwortung auf das Volk. Denn es liegt auf der Hand, daß der Korb getragen werden muß, stimme das Volk nun zu oder nicht zu. So endigt schließlich das ganze Getöse, welches sich beim Bekanntwerden des bundesrätlichen Antrages vernehmen ließ, so endigen die Rufe der SP nach einer „verfassungsmäßigen Finanzreform“ und der Freisinnigen nach einer „konstruktiven Lösung des Finanzprogramms“ damit, daß — allerdings auf verfassungsmäßigem Wege — nichts getan wird. Wandelte der Bundesrat wirklich so sehr „auf falschen Pfaden“, als er eine dreijährige Erstreckung des Notrechtes verlangte? Merkwürdigerweise wird jetzt überall als selbstverständlich angenommen, daß die Volksabstimmung bejahend ausfallen werde; eine Ablehnung ist meines Wissens überhaupt noch nirgends auch nur in Erwägung gezogen worden. Eine erhebliche Gegnerschaft ist jedoch unbedingt zu erwarten, denn — man mag die „Übergangslösung“ noch so lange als provisorisch bezeichnen —: sie wird doch die Finanzreform präjudizieren, und man wird ihre Bejahung als Gutheißung der Subventionenwirtschaft etc. auslegen. Da werden die Gegner sicher schon jetzt auf der Hut sein.

Wir können uns unter einer Finanzreform wirklich nur etwas Grundfähliches vorstellen, eine neue Erwägung aller Finanzverhältnisse, aller Zölle, Steuern und sonstigen Einnahmen, aber auch aller Ausgabe-posten für staatliche und private Veranstaltungen. Im Nationalrat hat dieser Wille bisher leider gefehlt, ausgenommen vielleicht bei den Sozialisten, die konsequent auf Zentralisation, Staatssozialismus und staatliche Intervention zur Konjunkturbildung ausgingen. Demgegenüber wußten die bürgerlichen Gruppen kein prinzipielles Finanzprogramm zu entwickeln, geschweige denn zu handhaben. Bevor man aber an eine solche Aufgabe, wie sie die Bundesfinanzreform darstellt, herantritt, sollte man sich theoretisch über seine Prinzipien klar sein. Es ist dem Bundesrat hoch anzurechnen, daß er mit dem vorgeschlagenen Art. 42 den Versuch machte, wenigstens eine anständige formale Finanzgesinnung wirksam werden zu lassen. Er trat da ein für planmäßige Schuldentilgung, Rücklage von Einnahmenüberschüssen als Reserven, Beschließung nur gedeckter Ausgaben, das Verbot höherer Ausgaben als der beantragten in dringlichen Bundesbeschlüssen, Ausrichtung von Subventionen nur bei Bedürfnis und im Interesse der Eidgenossenschaft. Daß er es für nötig fand, derartige Selbstverständlichkeiten in die Verfassung aufzunehmen, war an sich schon ein Zeichen für den Verfall des Finanzanstandes, daß aber diese Sätze von den Bürgerlichen nicht einfach durchgehalten wurden, ist weiterhin ein Zeichen für ihre mangelnde grundsätzliche Gesinnung. Ganz besonders wurde das offenbar bei der bauerlichen Ablehnung des durchaus gerecht gemeinten Antrages Petrig, wonach bei den Subventionen auch „das soziale Bedürfnis des Subven-

tionsempfängers angemessen“ berücksichtigt werden soll. Die Politik des „von Fall zu Fall-Entscheidens“ wurde natürlich auch fortgesetzt bei der Bemessung des Finanzbedarfes. Da ging man so vor, daß man einfach so viel Einnahmenquellen erschließen wollte, als der Bund bei einmal vorhandenen Ausgaben bedurfte. Die einzelnen Ausgabenposten wurden nicht untersucht. Anstandslos wurden so als feste und notwendige Ausgabenposten betrachtet die Beiträge an die Getreideversorgung (22 Mill.), die Milchpreisstützung (22,3 Mill.), die Subvention der SBB (41,6 Mill.), die Beiträge an die Altersfürsorge (14 Mill.), sowie alle Subventionen überhaupt. Die ersten beiden landwirtschaftlichen Hilfsaktionen lassen sich als vorübergehende Maßnahmen verstehen, aber sie rechtfertigen sich auf die Dauer niemals. Bei näherem Zusehen ergibt sich auch, daß es möglich wäre, die hier dem Bund obliegenden Lasten auf den Konsum abzuwälzen, womit etwa 30 Mill. Fr. eingespart werden könnten. Auch die nach dem Vorschlag des Bundesrates durchgeführte, derzeit leider wieder ruhende Sanierung der SBB würde eine Entlastung von 43 Mill. Fr. bringen. Hinsichtlich der Beiträge an Altersversicherungs- sowie an Fürsorgeeinrichtungen ist zu sagen, daß in absehbarer Zeit die Errichtung einer Versicherung als ausgeschlossen erscheint, weshalb man füglich davon absehen dürfte, dem Versicherungsfonds weitere Gelder zuzuwenden. Weiter wäre es bei gutem Willen wohl möglich, eine ganze Reihe von ordentlichen und krisenbedingten Subventionen herabzusetzen oder zu unterdrücken. Ich teile also die Ansicht von Dr. Ch. Hign nicht, wonach Einsparungen erfahrungsgemäß für eine Finanzreform noch niemals genügt hätten, weil die Ausgaben konjunkturell oder politisch bedingt seien (Zeitschrift für Schweiz. Statistik und Volkswirtschaft, 1937, S. 465). Im Gegenteil vermöchte eine grundsätzliche Auseinandersetzung die bisherige Entwicklungstendenz der Staatsausgaben umzubiegen. Die von den Parteien jetzt textlich vorbereitete Übergangslösung spricht nun selbst davon, daß ein Abbau der Subventionen geprüft und ein sparsamer Haushalt geführt werden solle. Eine solche Vorschrift ist gewiß im Hinblick auf die zahlreichen Bürger, welche ob der Ausgabenwirtschaft der Bundesversammlung erschrocken sind, notwendig. Es ist ihr indessen äußerst wenig Wert zuzumessen. Sie wird die Bedenken auch nicht beschwichtigen, denn die Bundesversammlung hat in diesen Dingen eine zu trübe Vergangenheit. Erst wenn in dem geplanten Verfassungsartikel zahlenmäßig festgelegt wäre, wieviele Millionen an den Subventionen eingespart werden müßten, könnte man seine Urheber ernst nehmen.

\* \* \*

„Mächtiger als Terror, Lüge und Verleumdung ist die Idee des Nationalismus. Diese Idee, welche gezeugt ist durch den Willen zur Volksgemeinschaft, ist verankert in unserem Blute, in unserem Boden. Heilig und unveräußerlich ist für den Eidgenossen das Erbe seiner Väter. Was aber hat die heutige Diktatur der Minderwertigkeit aus diesem Erbe gemacht? . . . Das Erbe unserer Vorfahren wurde vergeschäftet und verspekuliert. . . Wir haben unseren Kampf gegen das herrschende System der Minderwertigkeit durch die Kampfansage des Nationalismus begonnen. Dieser Kampf wird kompromißlos bis zu Ende geführt.“ So umschreibt der Herausgeber der Zeitung „Schweizer Volk“, Ernst Hofmann, die politische Grundlage seines Blattes, das Anfangs Juni mit seiner zwölften Nummer achtseitig herauskam. Auf den ersten Blick fällt der gedankliche Parallelismus oder wohl besser die gedankliche Nachkommenschaft vom Nationalsozialismus in die Augen. Es bedürfte nicht mehr der Bekanntmachung einer „Eidgenössisch-sozialen Arbeiter-Partei“ auf der letzten Seite und auch nicht mehr der Erklärung des Herausgebers, er ernenne „Kamerad Dr. H. E. Wechlin mit dem heutigen Tag an seiner Stelle zum verantwortlichen Hauptschriftleiter des ‚Schweizer Volk‘“, um die Tendenz

des Blattes klarzustellen. Diese Formeln und Methoden sind nicht auf dem Boden unseres Vaterlandes gewachsen.

Das „Schweizervolk“ nennt sich anspruchsvoll: „Führendes Wochenblatt für Schweizerische Politik“. Wir wollen uns nicht dabei aufhalten, daß bisher jeweilen die Umwelt feststellte, ob eine Zeitung führend sei, und daß das „Schweizervolk“ somit eine merkwürdige Ausnahme macht, indem es sich selbst Führung zuschreibt. Wichtiger ist es, die Grundgedanken seiner Erscheinung nachzugehen. Innenpolitisch fällt uns da vor allem der harte Kampfston gegen den Marxismus, den Bolschewismus, gegen den Internationalismus, gegen das Judentum auf. Auf die spezielle Politik angewendet äußert sich diese Haltung in heftiger Gegnerschaft gegen den Zentralismus, den „Bundesmarxismus“, den Staatssozialismus, gegen die Einengung von Gewerbe und Handel, gegen die Emigranten. Fremd ist dem „Schweizervolk“ der Begriff der Demokratie. Im Gegenteil spricht sich Dr. Oskar Sulzer in einem offenbar grundlegenden Artikel dahin aus: „Es gibt Institutionen, die sich selber überleben. Das Kollegialsystem in der Regierung, die Nebenregierung der Räte, die zum Fenster hinaus nach der Volksgunst schauen — sie sind unzeitgemäß, unnütz, untauglich geworden“. Das heißt also mit anderen Worten, daß die demokratischen Formen in wesentlichen Hinsichten abgeschafft und abgelöst werden sollen durch eine starke Regierung, als deren Inhaber dem Blatte Einzelpersonlichkeiten (anderwärts „Führer“ genannt) vorschweben. Außenpolitisch wird Wahrung der Selbständigkeit, strikte Neutralität und Austritt aus dem Völkerbund verlangt. Dabei stellt sich das Blatt allgemein auf den Boden des Art. 2 der Bundesverfassung („Schutz der Freiheit und Rechte der Eidgenossen und Beförderung ihrer gemeinsamen Wohlfahrt“) und möchte für „Familie, Volk und Heimat“ kämpfen. Was innenpolitisch regsam ist, regt sich natürlich auch in der Beurteilung der Vorgänge im Ausland. Bemerkenswert ist dabei weniger die Stellungnahme gegen die Tschechoslowakei und Rotspanien als ein fast absolutes Schweigen über deutsche und italienische Dinge, das nur selten durch höchstes Lob und Staunen unterbrochen wird.

Ich gehöre nicht zu jenen, die den Erneuerungsbewegungen von vornherein jegliche Berechtigung absprechen und in ihrer Schwäche oder ihrem Versagen den Beweis für ihre Unbegründetheit sehen. Selbst untergegangene oder irrende Gruppen haben schon ihre günstige Wirkung auf die vaterländische Politik ausgeübt. So ist auch beim „Schweizervolk“ eine gewisse Summe von politischen Wahrheiten nicht zu verkennen. Aber man darf wohl diese Wahrheiten nicht als den Kern, als den guten Kern ansprechen. Den Kern bilden nämlich sehr un-schweizerische Alüren, die von den nördlichen und südlichen Nachbarstaaten herübergenommen worden sind, und sich in dem Begriffe der „Führung“ zusammenfassen lassen. Es ist doch so, daß nur eine demokratische, von unten nach oben aufgebaute und kollegiale Regierung der schweizerischen Auffassung entspricht. Dies zu verkennen ist der Grundfehler des „Schweizervolkes“, der es für uns ungenießbar macht, auch wenn sich ein so begabter Journalist wie Dr. Wecklin an seine Spitze verirrt hat. Die Distanzierung von Major Leonhardt und dergl. ändert daran nichts. Unser Ringen muß nicht, wie das „Schweizervolk“ meint, nach einem einheitlichen Führer gehen, sondern nach einem einheitlichen schweizerischen politischen Führungsgedanken, der die Demokratie, das auf bündischer Gemeinschaft aufgebaute Staatswesen, erfüllt.

\* \* \*

Einen „offenen Brief an die Verleger, Zeitungskiosk-Inhaber und Buchhändler“ hat die „demokratisch gesinnte Zürcher Jugend“ ausgehen lassen. Er war unterzeichnet von der Juniorengruppe KBZ (Kaufmännischer Verein Zürich), von der Jungliberalen Bewegung der Stadt Zürich, vom katholischen

Jugendverband Zürich, von der Sozialistischen Arbeiterjugend Zürich und „evangelischen Jugendgruppen“ (was für welchen?). Diese Jugend sieht mit Sorge „das Überhandnehmen nationalsozialistischer Einflüsse“ in unserem Lande und fordert: Unterstützung der demokratischen Schweizer Presse und Literatur, Bekämpfung der „undemokratischen, vor allem nationalsozialistisch angehauchten“ Schweizer Presse, Zurückdämmung der ausländischen Druckerzeugnisse. „Vor allem“ heißt es da wörtlich, „ist die Literatur der Diktaturstaaten als unschweizerisch abzulehnen. Ihr öffentliches Ausstellen und Anbieten bedeutet für jeden Demokraten eine Provokation.“

Als Antwort darauf schrieb ein Buchhändler, der gleichzeitig versicherte, dem Schweizerbuch in jeder Hinsicht den Vorzug zu geben, an diese Tatgemeinschaft der Zürcher Jugend u. a.: „Dagegen kann der Buchhandel sich nicht vor schreiben lassen, Literatur deshalb zurückzusetzen, weil sie aus einem Diktaturstaat stammt. . . Es ist gar nicht zu bestreiten, daß auf vielen Gebieten der Literatur deutschen Erzeugnissen heute noch nichts an die Seite zu stellen ist. Und solange dies der Fall ist, braucht das Schweizer Publikum diese Bücher noch, auch wenn es sich mit allen möglichen Aufrufen zu Gunsten schweizerischer geistiger Landesverteidigung solidarisch erklärt. Und solange namhafte demokratische und demokratisch-sein-wollende Schweizerblätter in durchaus demagogischer Weise in Bausch und Bogen gegen Deutschland hegen, ist es nicht angebracht, daß sie sich über die Demagogie Anderer beschweren. . . Der Buchhandel, ob Schweizer oder Deutscher, ist ein Vermittler von Geistesgütern. Er hat die Aufgabe dieser Vermittlung und darf sie sich nicht streitig machen. Auf seinem Gebiet muß er eine gewisse Übersicht bieten. Darum darf die Forderung nicht aufgestellt werden, nationalsozialistische Literatur dürfe nicht ausgestellt, vorgelegt oder verkauft werden. . . Wichtiger als der Kampf gegen nationalsozialistische Literatur scheint mir der Kampf für ein richtiges Verständnis des Begriffes „demokratisch“. Ob die Gruppen, welche ihrem Aufruf zu Gehorchen stehen, hierüber dieselbe Meinung haben, ist mir fraglich.“

Von sachkundiger Seite hat hier die „Tatgemeinschaft der Zürcher Jugend“ eine treffliche Antwort eingeheimst. Aber auch in politischer Hinsicht wurde ihr richtig bedeutet: Wichtiger als der Kampf gegen nationalsozialistische Literatur ist der Kampf für ein richtiges Verständnis des Begriffes „demokratisch“ und — ich möchte diesen Gedanken noch weiter führen: wichtiger ist der Kampf für eine eidgenössische Haltung. Der einseitige Ansturm gegen Publikationen aus dem dritten Reich beweist, daß die „demokratisch gesinnte Zürcher Jugend“ noch weit von dieser eidgenössischen Haltung entfernt ist. Vielmehr scheint sie auf jener Plattform zu stehen, wo sich die Volksfronten in Gemeinschaft mit dem Bolschewismus aufhalten. Hätte diese Jugend vollen schweizerischen Gehalt, so würde sie nicht nur vor der nationalsozialistischen Literatur ein Warnungszeichen aufrichten, sondern ebenso vor dem Marxismus mit seiner nicht minder gefährlichen Diktatur des Proletariates, vor der Generalstreikmentalität, vor dem Bolschewismus, vor der Tendenz, den demokratischen Staat durch Mehrung seiner Macht totalitär auszugestalten. Sie würde auch Front machen gegen die sozialistische Verbrüderung mit fremden Parteien und Staaten, dagegen, daß sich die leichteste moralische und atheistische Literatur aus den marxistischen Wasserbächen in die Schweiz ergießt. Aber sie ist befangen, die „demokratisch gesinnte Zürcher Jugend“, befangen in dem Gedanken der Volksfront. Wann wird sie sich lösen? Wann wird sie zu eidgenössischer Bejennung kommen?

Bülach, am 11. August 1938.

Walter Hildebrandt.

## Der Fall Luternau \*).

Es ist vor kurzem eine eifrige, zum Teil sogar leidenschaftliche Diskussion entstanden um ein kleines Pamphlet, das sich mit einigen Fragen militärpolitischen Charakters beschäftigt. Die Schrift enthält im wesentlichen eine scharfe Kritik an unserem militärischen Nachrichtendienst. Leidenschaftlich ist die Diskussion vor allem deshalb, weil ihre Kritiker den Verfassern der Broschüre Verrat militärischer Geheimnisse vorwerfen, oder zum Teil, in gewissen Partien, den Tatbestand des Landesverrats zu erblicken glauben. Andere Kreise wieder wehren sich für das Pamphlet, vor allem aber für die guten Absichten seiner Urheber, und sie gehen gar teilweise so weit, den Urhebern ein großes Verdienst gegenüber dem Land zuzuschreiben. Jedenfalls handelt es sich um eine für das Land sehr wichtige und sehr ernste Angelegenheit, und deshalb soll auch hier darauf eingegangen werden. Gerade in diesem Falle aber wird man sich sehr bemühen müssen, durchaus objektiv zu bleiben und ein ruhiges Urteil zu bewahren.

Die Broschüre, die, wenn man einer Bemerkung des Verfassers folgen darf, bereits Mitte März im wesentlichen fertig gestellt war, läßt nichtsdestoweniger eine recht enge Beziehung zu den Ereignissen um Osterreich erkennen. Diese Beziehung ist sowohl militärischen als politischen Charakters. Militärisch mag eine bestimmte Bemerkung zu dem Ereignis, die sich in der Broschüre vorfindet, nicht ohne Grund oder Wert sein; dafür sei aber ebenso offen vorweg festgestellt, daß der politische Konnex zu den Ereignissen in Osterreich und vor allem die daran geknüpften politischen Schlußfolgerungen der Broschüre gar nicht gut getan haben. Wird man das Produkt deshalb vom politischen Boden aus mit Inhalt und Schlußfolgerungen schärfstens zu bekämpfen haben, so verdient das Pamphlet gleichwohl vom allgemeinen und einem ganz speziellen Gesichtspunkt aus eine ruhigere Prüfung und Beurteilung, als es sie bisher in einem Großteil der Presse gefunden hat.

Nicht ohne Interesse sind einmal gewisse Daten. Das Pamphlet ist im Laufe des Monats Mai d. J. in Zürich erschienen und wurde den Redaktionen Ende des Monats zur Besprechung zugeestellt. Im Laufe des Monats Juni wurde die Broschüre auf Ersuchen amtlicher Stellen vom Verleger, der in diesem Falle mit dem Verfasser identisch sein dürfte, aus dem Verkehr zurückgezogen und seitdem erhält man sie im Buchhandel nicht mehr. Dabei ist seinerzeit offensichtlich Wert darauf gelegt worden, diesen Rückzug möglichst in der Stille geschehen zu lassen und die Presse hat denn auch genügend Disziplin gezeigt, indem sie die Angelegenheit fast nur sporadisch vermerkte, und ohne irgendwelches Aufheben davon zu machen. In der Folge gelang dann, beinahe ebenso unbemerkt, die Feststellung des Verfassers, in der Person des ehemaligen Oberleutnants Hagenuch — eine Feststellung, die wohl kaum besonders schwierig gewesen sein dürfte, schreibt doch auf unserer guten Schweizer Erde nicht ein zweiter einen zwar salopp-gewandten, aber in gewissen Partien direkt lächerlich-schwülstigen Stil, wie der ehemalige Beilchen-Mitarbeiter der „Neuen Zürcher Zeitung“. „Die braune Diefelkenn' ich am Geläut!“

\*) Jürgen Luternau: „Attachés, Envoyés de marque und Agenten“. — Die Broschüre ist bereits seit Ende Mai im Besitz der Redaktion der „Monatshefte“. Aus naheliegenden Gründen haben wir bisher auf eine Besprechung verzichtet. Nachdem aber der Inhalt der Broschüre und der ihr zu Grunde liegende Tatbestand in personeller und materieller Richtung zum Gegenstand einer breiten Diskussion geworden sind, halten wir eine Stellungnahme aus prinzipiellen Erwägungen für geboten. Sie ist umso zweckmäßiger, als sich inzwischen, im Verlaufe der Diskussion in der Presse, der Tatbestand weitgehend abgeklärt hat, sodaß von einer relativ klaren Grundlage aus geschrieben werden kann.

Nachdem bis dahin alles mehr oder weniger in der Stille — man muß sagen: fast programmgemäß — verlaufen war — jedenfalls mehr programmgemäß im Sinne gewisser Amtsstellen, als man heute dort wahr haben will! — setzte plötzlich ein wilder Presse Sturm ein, als die Behauptung auftauchte, die Broschüre sei gewiß von Hagenbuch verfaßt, sämtliche Unterlagen aber und alle übrigen Inspirationen seien auf unmittelbare Intervention des Präsidenten der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und Referenten für Militärisches in der Finanzkommission des Nationalrates, Herrn Nationalrat Dr. Dprecht, zurückzuführen. Die „Thurgauer Zeitung“ verlangte geharnischt den sofortigen Hinauswurf dieses fehlbaren Politikers aus allen Ämtern und Würden, die „Zürichsee-Zeitung“ konnte die Intervention Dprechts „kaum glauben“ und zog im übrigen dieselbe Konsequenz wie das ersterwähnte Blatt, der „Zürcher Bauer“ warf Dprecht politisches Machtstreben vor, der „Freie Kätier“ bezweifelte die Aufrichtigkeit des vaterländischen Bekenntnisses, das Dprecht im Namen seiner Partei abgegeben hatte; schärfstens schrieb auch Prof. Lorenz im „Aufgebot“.

Ein anderer Teil der Presse gab sich entschieden Mühe, die Angelegenheit von einem gegensätzlichen Aspekt zu betrachten, der uns, offen gesagt, als richtiger erscheint:

„Abgesehen von der Person des Kritikers“, so schrieb das „Aargauer Tagblatt“, „ist es überaus fatal, daß derartige Dinge überhaupt in breiter Öffentlichkeit verhandelt werden müssen. Und doppelt fatal ist die öffentliche Wirkung solcher Auseinandersetzungen, nachdem der Chef des Militärdepartementes wiederholt erklärt hat, daß unsere Armee jeden Vergleich in Bezug auf ihr Kriegsgenügen aushalte. Versteht man wirklich in Bern nicht, daß solche Erklärungen, gefolgt von derartigen Erscheinungen, Unsicherheit verbreiten und ein abgründiges Gefühl des Mißtrauens hervorgerufen?“

Und mit vollem Recht schrieb die „Neue Basler Zeitung“:

„Die Beunruhigungen, die immer wieder um dieses Departement spielen, müssen endlich radikal aufhören. Dazu helfen weder platonische Erklärungen, noch hilft ein militärisches Schweigegebot; helfen kann nur ein guter Geist, den das Volk spürt und in den es volles Vertrauen hat.“

Dprecht selbst hat in einer Erklärung bestritten, daß er militärische Geheimnisse verraten habe und damit an der Hauptsache vorbeigeredet, sie sogar, wie wir annehmen möchten, direkt bestätigt: er hat nicht bestritten, mit Hagenbuch in Verbindung gestanden und ihm Material zur Verfügung gestellt zu haben. Damit ist wohl die notwendige Klarheit bereits geschaffen. Das „Volksrecht“ sekundiert übrigens Dprecht in einer Art, die an seiner Urheberchaft eigentlich keinen Zweifel mehr lassen kann. Und nun hat die Geschäftsleitung der SPG zudem eine Erklärung veröffentlicht, wonach „einige parlamentarisch tätige Mitglieder der SPG für die Bearbeitung spezieller politischer, militärischer und wissenschaftlicher Fragen beruflich geschulte Fachleute aus den betreffenden Gebieten, darunter auch Dr. H. Hagenbuch, herangezogen“ hätten. Wir wissen übrigens, daß man im Militärdepartement schon seit über drei Wochen davon Kenntnis hat, daß Dprecht im wesentlichen das Material für die Schrift lieferte.

Die Frage, ob militärische Geheimnisse verletzt worden sind, oder ob eine Amtspflichtverletzung vorliegt, wird im Militärdepartement geprüft. Gravierend bleibt, so oder so, wie der Großteil der Presse mit Recht hervorhebt, daß der Führer der größten Landespartei sich in einer lebenswichtigen Angelegenheit eines aus der Armee ausgeschlossenen Offiziers bediente, eines äußerst belasteten Mannes also, der zudem immer das schreibt, was sein jeweiliger Auftraggeber ihm

befiehlt — kurz gesagt: eines Schreiberlings, wie es Hagenbuch ist. Man sollte im Interesse der politischen Sauberkeit auch in der sozialdemokratischen Partei — bei aller nicht ganz unberechtigten Verteidigung Dprechts — einmal der Sache nachgehen, wie die Verbindung zwischen Dprecht und Hagenbuch zu Stande kam und weshalb sie überhaupt so weit führen konnte. Das ist eine Sache, die für sich abgeklärt zu werden verdient. Aber es ist nicht die Hauptsache.

Wichtiger ist der weitere Punkt: die Motive Dprechts. Und da wäre zu sagen: so sehr wir, soweit die Person Hagenbuchs in Frage kommt, jedes Motiv als möglich annehmen möchten, ebenso sehr sträuben wir uns gegen die Annahme, daß Dprecht aus andern als uneigennütigen Motiven gehandelt habe, soweit die Enthüllung sogenannter Geheimnisse in Frage steht. Soweit indessen die Broschüre politische Schlußfolgerungen enthält, sind diese allerdings keineswegs uneigennützig motiviert, sondern Wasser auf die Mühle der Volksfront. Aber das ist, auf politischem Gebiet, schließlich nicht verboten. Deshalb müssen auch der rein militärpolitische und der parteipolitische Teil der Broschüre auseinandergehalten werden. Bis heute ist ein Anhaltspunkt für eine unlautere Absicht des Inspirators nicht vorhanden. Ob dagegen — ganz abgesehen von der Frage, inwieweit der Tatbestand eines Deliktes erfüllt sei — die Publikation in diesem Umfang und mit allen Einzelheiten nötig war, muß der Verantwortung des Inspirators überlassen werden.

Und damit kommen wir zur Hauptfrage: ist der in der Broschüre wiedergegebene Tatbestand richtig? Hinsichtlich eines Teils der Ausfertigungen glauben wir diese Frage insoweit bejahen zu müssen, als jedenfalls bis vor kurzem ein Teil der seit langer Zeit gerügten Mißstände effektiv war, während allerdings ein erheblicher anderer Teil von den Amtsstellen selber bereits korrigiert ist.

Warum aber wählte Dprecht den Weg der Publikation mit allen seinen Gefahren für das Land? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Wer aber manchmal einen gewissen Einblick in bestimmte Verhältnisse genießt und öfters von ebenso interessanten, wie bemühenden Dingen hört, die in der schweizerischen Metropole vor sich gehen, wird auf einen Gedanken kommen, der nun mal in casu gar nicht so fern liegt. Der Schimmel des Amtes ist ein besonderes Tier. Manchmal reagiert er darauf, wenn man ihn streichelt und setzt sich in Bewegung. Meistens hilft dies nichts. Dann reagiert er manchmal darauf, wenn einer vorn zieht und ein anderer hinten stößt, und setzt sich in Bewegung. Meistens aber hilft auch dies nichts. Dann gibt es ein letztes Mittel. Man holt die Peitsche, macht einen Zwick hinein und schlägt das gute Tier. Dann macht es einen Galoppsprung und der Bann ist gebrochen. Diese Methode erweist sich manchmal als unumgänglich. Sie hat aber einen Nachteil. Denn oftmals ist der Zwick in der Peitsche zu scharf oder man schlägt in der Erregung zu heftig — — und dann fängt das Tier an zu bluten . . . .

\* \* \*

Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtete am 14. August, in No. 1432, Hagenbuch solle an zuständiger Stelle erklärt haben, das Eidg. Militärdepartement habe vor der Drucklegung in gewisse Teile seiner Broschüre Einsicht genommen. Die Freigabe dieser Teile sei jedoch nur unter gewissen Bedingungen erfolgt. Wie weit diese erfüllt wurden, sei nicht bekannt. Diese Mitteilung gibt selbstverständlich der ganzen Angelegenheit in wichtigen Punkten eine neue Wendung. Es würde, wenn sie zutrifft, daraus hervorgehen, daß die Broschüre in wichtigen Teilen in Kenntnis

der zuständigen Behörden publiziert wurde. Es ist sogar die weitergehende Vermutung aufgetaucht, daß nicht nur Kenntnis, sondern teilweise positive Anregung einer gewissen Stelle vorliegen soll. . . . „Schwamm drüber!“ Aus Gründen, die wir in der unsern Ausführungen angeschlossenen Schlussfolgerung darlegen werden, scheint es uns aber, entgegen der in der „Neuen Zürcher Zeitung“ geäußerten Auffassung, trotz der bestehenden Unklarheit wenig zweckmäßig, eine Verlautbarung des Militärdepartements zu provozieren.

\* \* \*

Die Broschüre selbst trägt den Titel: „Attachés, Envoyés de marque und Agenten. Vom Nachrichtenwesen der Armee“. Sie ist typisch auf Sensation abgestellt, worauf schon der als roter Streifen beigegebene Untertitel hinweist: „Paß auf, Schweizer: Der Feind hört mit!“ Die ganze Anlage, vor allem aber auch die oft geheimnisvoll sein sollende Stilisierung, ist darauf berechnet, den Eindruck der Sensation zu erwecken. Dazu scheint sich allerdings Herr Hagenbuch wie kein zweiter zu eignen. Neben dem bereits erwähnten politischen Diversionzweck, mit dem wir uns noch befassen werden, enthält die Broschüre die Forderung, den schweizerischen militärischen Nachrichtendienst im Auslande und, im Sinne der Gegenespionage, im Inlande auszubauen. Die Forderung wird mit verschiedenen Belegen versehen. Es ist selbstverständlich unzweckmäßig, nachdem die Broschüre zurückgezogen ist, ihrem Inhalt eine weitere Publizität zu verschaffen und wir beschränken uns deshalb darauf, ihre wesentlichsten Teile in einer Weise zu skizzieren, die dem Zweck der behördlichen Gegenmaßnahmen entspricht.

Daß heute der Überfall als voraussichtliche Einleitung eines Krieges zu betrachten ist, wird in der Broschüre — übrigens selbstverständlich — entsprechend hervorgehoben:

„Die große Kunst besteht insolgedessen darin, mit allem Entsprechenden für die Parade schätzungsweise versehen zu sein und irgendwie das Wann doch einigermaßen herauszubekommen.“

Der Zweck der Broschüre ist, darzutun, daß dies bis heute nicht der Fall war und die Wege zu zeigen, die zum Ziele führen können. Darauf weist auch ein Zitat von Friedrich dem Großen hin, das wiedergegeben wird:

„Wenn man jederzeit des Feindes Desseins voraus wüßte, so würde man demselben mit einer inferieuren Armee auch allemal überlegen sein.“

Der größte Teil der Broschüre ist deshalb dem sogenannten „aktiven Rundschafsdienst“ gewidmet, während der Schluß, das Kapitel „Contre-espionage“, den bereits erwähnten innerpolitischen Pferdefuß aufweist. Allem vorausgeschickt ist eine kurze Abhandlung über Militärattachés und die sogenannten Sondermissionen, die zu den Manövern fremder Armeen geschickt werden. Mit Recht wird der Unterschied zwischen diesen beiden Delegationen und dem sogenannten Rundschafsdienst herausgearbeitet und die Notwendigkeit fairer und taktvoller Erledigung der ersten Missionen betont. Nicht ohne Grund bemängelt die Broschüre auch die Umstände, die der Ernennung der jetzt eingesetzten Militärattachés vorausgingen und die ja zum Teil bekannt sind. Vielleicht nicht zu Unrecht wird bei dem Kapitel „Sondermissionen“ darauf hingewiesen, daß es nicht unzweckmäßig wäre, würden auch wir, wie andere Nationen es tun, uns in vermehrtem Maße informationsweise mit dem spanischen Konflikt an Ort und Stelle beschäftigen, aber durch Leute, die bei der betreffenden Partei genehm sind, nicht durch andere. Daß solche Feststellungen überhaupt getan werden müssen, ist bedauerlich. Interessant ist in diesem Zusammen-

hang eine Bemerkung über den Manöverbesuch des Marschalls Bétain bei den Manövern der 1. Division im Jahre 1937.

„Die höchste Anspannung aller Kräfte zur Erhaltung und Mehrung der eigenen Wehrmacht wäre ja wohl in den Tag hinein getan, wenn nicht die Buchführung über das Werkzeug und das militärische Vorhaben in der Umgebung ganz automatisch nebenher lief.“

Mit diesem Satz wird der wichtigste Abschnitt, über den sogenannten „aktiven Rundschafsdienst“, eingeleitet. Es ist unbestreitbar, daß die Bemerkung richtig ist. In der Folge wird aber eingehend und an Hand von zahlreichen Beispielen dargelegt, daß bis vor nicht langer Zeit hier verschiedenes gefehlt haben dürfte, wobei die Lüftung der Geheimnisse — und hier handelt es sich teilweise wirklich um solche — nach dem wieder ziemlich salopp hingeworfenen Procedere geschieht:

„Was vorzubringen ist, wird so sein, als der Gebrauch von Insider-Informationen sich verantworten läßt; die Kirche wird schon mitten im Dorf bleiben (!).“

Diesen Eindruck hat man nun allerdings nicht; denn auf der selben Seite, wo die klassische Wendung steht, wird bereits eine ganz schwere Indiskretion begangen, die erste in der Broschüre. Im übrigen aber dürften die Vorhalte, die mit verschiedenen aktuellen Beispielen belegt sind, im wesentlichen zutreffen, wobei allerdings stets wieder anzufügen ist, daß sich die Dinge im Laufe des letzten Jahres ganz bedeutend gebessert haben. Schlimmer als ein schlechter Witz mutet es allerdings an, wenn ausgerechnet in dieser Broschüre, die von sozialdemokratischer Seite inspiriert ist, mit dem bekannten Augenaufschlag bedauernd festgestellt wird, daß im Nachrichtenwesen leider nicht alles geklappt habe, wegen des „bis in die Dreißigerjahre gar vielerorts üblichen Abstandhaltens von der Wehrtradition überhaupt“, beziehungsweise der „Uninteressiertheit des Volkes, der Gleichgültigkeit des Parlamentes“. Einer schlimmeren Heuchelei sind wir allerdings noch nicht begegnet, daß ausgerechnet Leute, die jahrelang die Armee beschimpft, geschädigt haben und ihr konsequent die Kredite verweigerten, nachher hingehen und bedauernd von dem „vieleorts üblichen Abstandhalten von der Wehrtradition überhaupt“ schreiben lassen!

Die Beispiele und Anregungen dieses Absatzes sind im übrigen interessant und man hat manchmal tatsächlich den Eindruck, als wären gewisse Partien nicht ohne Dazutun gewisser amtlicher Stellen geschrieben worden. Bedenkt man z. B., daß das „Deuxième Bureau“ in Paris vor dem Kriegsausbruch in Genf eine Filiale mit 90 Angestellten unterhielt und daß während des Weltkrieges auf der deutschen Gesandtschaft in Bern zeitweise 80 Militärs beschäftigt gewesen sein sollen, so wird man zum Schluß kommen, daß schon viel gewonnen ist, wenn sich nur ein Teil der in der Broschüre enthaltenen Anregungen durchsetzt, nachdem bereits gewisse Mängel organisatorischer Art abgestellt worden sind.

Am Ende dieses Abschnittes wird mit Recht auf das erste größere Nachkriegsbeispiel für die Vorbereitung eines strategischen Überfalls verwiesen, nämlich auf die deutsche geheime Mobilisation unmittelbar vor der Besetzung Österreichs, zu den Tagen des März 1938. Es schadet gar nichts, wenn diese Dinge die größtmögliche Publizität erhalten. Wir haben seinerzeit auch direkte Informationen über jene Vorgänge erhalten, wie Leute aus den Cafés geholt, eingekleidet und mitten in der Nacht noch ihrer Einheit zugeteilt wurden und wie derart eine ganze Armee mit direktphan-tastischer Geschwindigkeit mobilisiert und disloziert wurde, ohne daß die Umwelt etwas davon erfuhr. Und es schadet u. G. gar nichts, wenn gegenüber solchen unheimlichen Dingen schließlich auch einmal in alarmierender

Weise auf die dringende Notwendigkeit des Ausbaus des Informationsdienstes verwiesen wird. Zu begrüßen ist in diesem Zusammenhang auch der Versuch, den Makel von solchen Dingen zu nehmen: „Der Dienst des Rundschafers ist Dienst fürs Vaterland; sein Tod wird als Tod in der Schlacht bewertet“, so heißt es schon im schweizerischen „Felddienst“.

Aber gerade mit dem Ende dieses Abschnittes zeigen sich nun die schweren Mängel der Broschüre, deren Eindruck man von da an bis zur letzten Zeile nicht mehr los wird: die außenpolitische und innenpolitische Einseitigkeit. Angesichts der Person des Inspirators ist es ja nur selbstverständlich, daß auch bei dieser Gelegenheit wieder der Anschluß Österreichs nach der bekannten Manier dargestellt wird; die absolute Einseitigkeit der Einstellung zeigt sich in der Schlußfolgerung dieses Absatzes:

„Entweder sich im märzlich transparenten Morgen eines unbescholtenen Samstags (!) mit gepanzelter fürchterlicher Wucht anrennen und wohl auch überrennen zu lassen, oder dann, zu wissen.“

Am deutlichsten kommt die absolute Einseitigkeit der politischen Einstellung am Schluß zum Ausdruck, bei dem Abschnitt über die *Conspionage*. An sich ist es ja ganz gut, wenn der manchmal recht naiv renommierende und oft zum Schwäzen aufgelegte Schweizer darauf aufmerksam gemacht wird, daß zahllose Forscher in unserem Lande am Werk sind, gegen die wir uns schützen müssen. Daß aber diese Feststellung vorwiegend gegen die eine nachbarliche Seite abgedreht wird, ist verwerflich. Bei der Tendenz der Schrift ist es natürlich, wenn sie anschließend auch noch gegen Schweizer selbst vorgeht, gegen die sogenannten „ideologischen Feinde des Regimes“, also gegen die frontistischen Offiziere, die zum Teil mit vollem Namen herumgezogen werden. So kommt in diesem Absatz die politische Volksfronttendenz in Reinkultur zum Ausdruck. Bezeichnend für den Charakter des Herrn Hagenbuch sind übrigens seine gehässigen Angriffe gegen den „Vaterländischen Verband“, nachdem er selbst jahrelang in enger indirekter Beziehung zu dieser Organisation gestanden hat! Daß sich im übrigen in diesem Absatz eine ganz bedenkliche Verletzung eines politischen Staatsgeheimnisses vorfindet, ist geeignet, Zweifel gegenüber den Motiven des Inspirators auch dort aufkommen zu lassen, wo an sich eine gute Absicht anzunehmen wäre.

So bestätigt sich unsere bereits eingangs getroffene Feststellung der Zweispältigkeit der Schrift. Ein zum Teil keineswegs unbegründeter und wohl redlicher Absicht entsprungener Alarmruf zum Schutze der Sicherheit des Landes vereinigt sich mit einer üblen politischen Tendenzschrift.

\* \* \*

Was nun? Die Broschüre ist in zahlreichen Händen, ihre weitere Verbreitung aber ist unterbunden. Es wäre zweckmäßig, wenn auch die allzusehr ins parteipolitische Fahrwasser geratene Diskussion der Presse über diese Angelegenheit möglichst bald ein Ende nehmen würde. Der wichtigste Teil der in der Broschüre behandelten Materie ist zu ernst, als daß damit parteipolitische Geschäfte gemacht werden dürften.

Die Hauptsache ist jetzt, daß gehandelt wird. Soweit Mängel, die in der Broschüre aufgedeckt wurden, noch vorhanden sind, sollten sich diese nun rasch beseitigen lassen; Anregungen aber, die die Schrift enthält, werden gewiß an den amtlichen Stellen mit der im Rahmen des Möglichen gebotenen Bereitschaft zur Aktion geprüft werden. Allein darauf kann es heute ankommen. Alles andere steht in zweiter Linie.

Mit Verlautbarungen aus dem Militärdepartement ist der Sache wenig gebient. Das Beste wäre wohl, wenn alle Beteiligten nun in der gebotenen Stille ihre Konsequenzen aus der Angelegenheit ziehen wollten. Man wird in dieser

Richtung hoffen dürfen, daß die Herren der Geschäftsleitung der SPB nach der doch wohl ziemlich peinlichen Erfahrung sich gewisser „Sachverständiger“ mit Beschleunigung entledigen werden, um ihren neugeborenen Wehrpatriotismus nicht gleich wieder zu kompromittieren.

Das ganze Volk aber — Freunde, Kritiker und Gegner der Broschüre — — wir glauben, sie alle sollten nur einen dringenden Wunsch haben: man sorge endlich in Bern dafür, daß niemand mehr die Notwendigkeit empfindet, in solchen Dingen die Öffentlichkeit zu mobilisieren!

Zürich, den 17. August 1938.

Jann v. Sprecher.

### Zur politischen Lage.

Anthony Eden, der ehemalige britische Staatssekretär des Außern, der zu Anfang dieses Jahres über der Frage der Gestaltung der Beziehungen des britischen Reiches zu den faschistischen Mächten, oder besser: über der Frage der Taktik, nach der diese Beziehungen zu behandeln wären, gestürzt ist, veröffentlichte vor wenigen Tagen einen Aufsatz „Großbritannien und die Zukunft der Freiheit“, der auch in der schweizerischen Presse erschienen ist. In einer Einleitung, die eine schweizerische Tageszeitung dem Aufsatz gab, wurde festgestellt, daß Eden damit zum ersten Mal seit seiner Demission wieder zur Feder gegriffen habe. Ferner wurde dort behauptet, er werde in englischen Kreisen als der kommende Mann betrachtet.

Wird wohl Eden eines Tages, gestützt von der Churchill-Amery-Gruppe, also von den Diehards, die Zügel der englischen Politik ergreifen? Wenn Chamberlain wirklich erfolglos bleiben sollte, so wäre eine solche Möglichkeit allerdings als naheliegend anzunehmen. Es gibt viele Leute in der Welt, die eine solche Ablösung bedauernd zur Kenntnis nehmen, ja sie als friedensbedrohend betrachten würden. Wenn nun aber die Ereignisse der letzten Wochen eines gezeigt haben, so ist es jedenfalls die Tatsache, daß es keineswegs allein in die Hand der britisch-französischen Entente gegeben ist, eine solche Entwicklung zu verhindern.

Giselher Wirsing hat kürzlich in einem in der Zeitschrift „Die Tat“ veröffentlichten Aufsatz „England und die Kriegstreiber“ auf den zähen Kampf hingewiesen, der seit dem Sturze Edens unter der englischen Oberfläche ausgefochten wird. Es ist der Kampf der Diehard-Gruppe gegen die Gemäßigten der Richtung Chamberlain. Wirsing übt eine scharfe Kritik an Eden, dem gestürzten Minister, und behauptet, die Dominions hätten ihm bei Anlaß der letzten Reichskonferenz zu verstehen gegeben, sie würden seine Politik keineswegs bis zu weiteren Konsequenzen decken. Woher Wirsing sein Wissen hat, ist uns nicht bekannt. Immerhin sei nicht zu übersehen, daß Spekulationen auf Uneinigkeit oder ernste Schwierigkeiten im Zusammenhalt des Britischen Reiches den Deutschen noch jedesmal schlecht bekommen sind — man braucht dabei nur an die Zeit des Krieges erinnern, wo im Gefolge der „Gott strafe England“-Psychose in dieser Richtung Phantasien entwickelt wurden, von denen keine utopisch genug war, um nicht geglaubt zu werden.

Aber eben: in diesem Aufsatz Giselher Wirsings ist nun wieder etwas nicht zum Ausdruck gekommen, was doch wohl nach der Lage der Dinge auch zu dem Problem Eden gehört: daß es nämlich in bestimmt dem gleichen Maße wie England und Frankreich auch Deutschland und Italien in die Hand gegeben ist, zu verhindern, daß Eden sich auf den höchsten Sessel schwingt, den die britische Politik zu vergeben hat. Das sind Überlegungen, mit denen man sich in diesen kritischen Tagen und Wochen mitunter zu beschäftigen geneigt ist.

Wenn — bei aller Berechtigung gewisser deutscher Ansprüche (Italien ist ja, wie es vor nicht ferner Zeit und so schön verkündet wurde, „gefättigt“ (??)) — wenn von der Achse her eine allzustarke Politik beliebt sollte, wenn man meint, es müsse jetzt einfach alles auf einmal kommen, dann wird eben Chamberlain sich nicht zu halten vermögen. Wer die Einstellung Edens in Betracht zieht — und in dem erwähnten Aufsatz kommt sie deutlich zum Ausdruck — wer seine Geneigtheit bedenkt, eng mit den Ideen der französischen Politik zusammenzuspannen, der wird nur mit Sorge und Bedauern einer solchen Möglichkeit entgegensehen. Oftmals mag es heute aussehen, als ob eine solche Entwicklung rascher eintreten sollte, als man gemeinhin erwartet: wenn Italien infolge des zweifellos eingetretenen Rückschlages der Franco-Gruppe auf der einen Seite zwar immer wieder auf die Inkrustierung des Osterabkommens drängt, andererseits aber erneut weitere sogenannte „Freiwillige“ nach Spanien befördert — wenn gar das tschechoslowakische Problem sich als unlösbar erweisen sollte, dann sind wir allerdings bald so weit. Es scheint übrigens doch manchmal, verehrter Herr Wirsing, daß die wahren Kriegstreiber gar nicht in London sitzen, sondern in Rom — allzu deutlich ist doch der Ton gewisser Reden!

So dürfte, nach Lage der Dinge, im Grunde die Erhaltung des Friedens heute England-Frankreich und Deutschland allein in die Hand gegeben sein — — es ist bestimmt nicht wahr, daß die Verantwortung nur auf der einen Seite liege.

Anthony Eden gibt übrigens in seinem Aufsatz eine interessante Überlegung wieder, die u. W. noch nicht oft gemacht wurde. Er führt das Malaise der Nachkriegszeit zu einem Teil darauf zurück, daß England sich im Jahre 1919 geweigert habe, allein, also ohne die Vereinigten Staaten — die sich ja damals zurückzogen — das Garantieverprechen über die französische Sicherheit an Paris abzugeben. Eden sagt, dies sei ein Fehler gewesen, weil so die französische Nachkriegspolitik völlig durch den sogenannten „Mangel der Sicherheit“ bestimmt worden sei. Er meint wohl damit, daß England durch ein Garantieverprechen die französische Nachkriegspolitik in eine ganz andere Richtung hätte leiten können; die östlichen Bündnisse, vor allem das sowjetrussische, wären dann wohl vermieden worden. Zweifellos eine interessante Überlegung. Sie hat aber einen Haken: mit dem englischen Garantieverprechen in der Hand, das sich natürlich notgedrungen auf den Status quo von Versailles hätte stützen müssen, hätte Frankreich gegenüber den berechtigten deutschen Befreiungsversuchen wohl eine noch viel halstarrigere Politik getrieben, als es auch ohnedies geschehen ist.

Mit vollem Recht erblickt Eden die zweite Ursache des Nachkriegsmalaise in der Verknüpfung des Völkerbunds Paktes mit den Friedensverträgen, und man sieht zugleich daraus, daß Eden gar nicht so einseitig ist, wie man mancherorts glauben machen will. Er stellt zugleich den durch diese Tatsache im wesentlichen bedingten Zusammenbruch des Völkerbundes fest, nicht ohne aber gleichzeitig zu betonen, daß die Völkerbundsideologie im englischen Empfinden nach wie vor stark verwurzelt sei. Man darf hinzufügen, daß Eden selbst vielleicht sogar als der schärfste Exponent dieser ideologischen Einstellung anzusprechen ist, und das in einem Maße, das ihn bekanntlich um die Jahreswende 1935/36 zu einer anders fast unverständlichen Verkennung der realpolitischen Möglichkeiten verleitet hat. Eden gibt auch heute den Völkerbund keineswegs auf, wenn er auch eine vorläufige Zurückstellung dieses großen Ziels als unumgänglich anzunehmen geneigt ist. Er ist zweifellos der Exponent der überwiegenden Mehrheit des britischen Volkes — es vereinbart in eigenartiger Weise realen Geschäftssinn mit „idealistischem Schwung“ und folgt nur ungern den Spuren Chamberlains — wenn er für die Zukunft die Lösung einzig im Neuaufbau

einer internationalen Rechtsordnung sieht. Gleichzeitig soll aber der Fehler vermieden werden, der 1919 begangen wurde.

Man darf überzeugt sein, daß diese Einstellung der englischen Mehrheit sich eines Tages in gewichtiger Weise bemerkbar machen wird — wenn einmal die ärgsten Mängel der Versailler Konstruktion beseitigt sind. Einmal noch wird der Versuch gemacht werden, der Politik der Gewalt eine Ordnung wirklichen Rechtes entgegenzustellen. Wer die ersten Wochen der heutigen Zeitspanne erlebt, wird beifügen, daß dieser Versuch notwendigerweise wird gemacht werden müssen. Das Problem geht — nach Eden — dahin, ob es möglich sein werde, diese Rechtsordnung aus dem jetzigen Status heraus zu schaffen, oder ob sie erst auf den Trümmern eines durch einen neuen Krieg zerschlagenen Europa aufgebaut werden könne. Die Zukunft der Freiheit sieht Eden allein in einer solchen Ordnung. Die Initiative aber soll von den demokratischen Mächten ausgehen, in deren Schoß die Freiheit eben heute — man kann sagen was man will — doch geborgen ist. Wie könnte sie denn von jenen kommen, die sie ja selbst aus ihrem Innern verbannt haben?

Den Gedanken der internationalen Rechtsordnung, in deutlicher Verbindung mit einer scharfen Kritik gegen die „Politik der Gewalt“, hat in diesen Tagen auch der Staatssekretär der Vereinigten Staaten, Hull, vertreten. Immer mehr bestätigt sich so eine deutliche Parallelität der britisch-amerikanischen Gedankengänge, und diese dürfte wohl zwangsläufig zu einer zunehmenden politischen Annäherung der Vereinigten Staaten an die Entente führen, zumal wenn, wie es heute den Anschein hat, die von Roosevelt geführte Außenpolitik bei den Präsidentschaftswahlen des nächsten Jahres in dieser oder einer andern personellen Verkörperung gebilligt wird. Diese Tatsache ist in Deutschland vermerkt worden. Hull erhält denn auch von der „Deutschen diplomatisch-politischen Korrespondenz“ eine entsprechende Antwort, die darauf hinaus läuft, daß man nicht auf den Grundlagen des Status von 1919 auf die Gewalt verzichten und eine neue Rechtsordnung aufbauen könne.

Das aber ist nun eben die große Einschränkung, die der objektive Beobachter jederzeit wieder den Gedankengängen Edens und des Amerikaners wird voranstellen müssen. Es wird tatsächlich niemals eine dauerhafte Rechtsordnung geben können, solange nicht die Einseitigkeiten von 1919 beseitigt sind und die Gerechtigkeit wieder in ihre Macht eingesetzt ist. Zur Illustration der tatsächlichen Zustände braucht man ja nur auf einige nüchterne Zahlen zu verweisen. England und die Dominions besitzen 27 %, Frankreich besitzt 9 % der Erdoberfläche, Deutschland dagegen 0,39 %. Die französisch-englischen Stammländer mit einer Einwohnerzahl von 80 Millionen besitzen demnach 36 % der Erdoberfläche, Deutschland mit einer Einwohnerzahl von 75 Millionen noch nicht einen halben Prozent. Kann es einen einzigen vernünftigen und gutgläubigen Menschen auf der Welt geben, der den Aufbau einer internationalen Rechtsordnung, den Verzicht auf die Gewalt und damit die Bewahrung des Friedens auf einer solchen Grundlage für möglich hält?

\* \* \*

Es war gegen Ende Juli unverkennbar, daß die seit den kritischen Mai-Tagen eingeleiteten und von allerhand Zwischenfällen beschatteten innerösterreichischen Verhandlungen über das Nationalitätenproblem endgültig zu scheitern drohten. Nun hatte aber Adolf Hitler in seiner großen Reichstagsrede vom 20. Februar dieses Jahres unmißverständlich erklärt, daß er die

fortdauernde Schmälerung der Rechte der jenseits der Grenzen Deutschlands lebenden deutschen Volksgruppen nicht zugelassen werde — womit offenbar Südtirol nicht gemeint war. Diese Forderung hatte sich denn auch in denkbar eindeutiger Weise auf das tschechoslowakische Problem, auf die Lage der Sudetendeutschen, kristallisiert. Man wird sich nachträglich immerhin fragen dürfen, ob die recht scharfe Formulierung des Anspruches, angesichts der machtpolitischen Verhältnisse, wie sie nun eben immer noch gegeben sind, nicht doch etwas voreilig gewesen ist. Denn es ist selbstverständlich, daß diese kategorische Festlegung im Innern des Reiches bestimmte, offenbar auch zeitliche Hoffnungen wecken mußte, nachdem die außenpolitischen Aktionen des Regimes bisher stets vollendet geklappt hatten. Aber die diktatorische Organisation eines Staates verträgt gewisse im allgemeinen naturbedingte Enttäuschungen nicht, oder dann sicher viel weniger, als demokratisch aufgebaute Länder, wo man die stets ausschlaggebende Bedeutung des Relativen verständnisvoll zu würdigen geneigt ist, auch wenn es sich um Erklärungen von Staatsmännern handelt — oder vielleicht gerade dann noch besonders. Wenn eben einem Volk die absolute Richtigkeit aller staatsführenden Dispositionen a priori als Dogma eingeimpft und mit dieser Begründung jede Kritik an solchen Maßnahmen und jeder Zweifel an dem absoluten — nicht spezifischen — Gewicht gewisser Erklärungen verboten wird, dann ist eben auch ein Rückschlag nicht gestattet; tritt er aber trotzdem ein, so hat die Propaganda die mehr oder weniger dankenswerte Aufgabe, die Erkenntnis des Tatbestandes zu verwebeln, was ja, wie der Leser weiß, im vorliegenden Fall durch fortdauernde, oftmals in der Sache wenig begründete Kampagnen gegen die Tschechoslowakei ausgiebig geschehen ist.

Das Bewußtsein nun, daß der in den zehn letzten Waiagen eingeleitete Vorstoß nicht zum Ziele geführt hat, dürfte sich nachgerade auch dort durchgesetzt haben, wo man anfänglich eine solche Vermutung wie eine Beleidigung zurückzuweisen geneigt war. Aber die Hoffnungen im deutschen Volk waren und sind nun einmal geweckt, ganz besonders natürlich unter den passiv direkt Beteiligten, nämlich den Sudetendeutschen. Die 8 Karlsbader Forderungen Konrad Henleins wurden zudem im vollen Einverständnis mit der Reichsführung, wahrscheinlich sogar auf ihre Anregung, erhoben. Man verlangte kategorisch, daß diese Forderungen zur Grundlage der Verhandlungen gemacht werden müßten, was von tschechischer Seite dann auch, allerdings nicht ohne Bedingungen, zugebilligt worden ist. Nun sind aber diese Forderungen derart, daß das Problem im Rahmen des tschechoslowakischen Staates einfach nicht zu lösen war. Andererseits regte sich, bedingt durch den relativen Erfolg der Politik der letzten Waiage, unter den tschechischen Koalitionsparteien, in der Presse, vor allem aber in der niederen Beamtenschaft, die schließlich doch immer wieder ein starkes Gewicht im Staate darstellt (wie bei uns, leider . . .), zunehmende Opposition, der weder Benesch noch Hodza mit Erfolg zu begegnen wußten, zumal die beiden selber nicht einig waren. Daß unter solchen Umständen die Verhandlungen über das Nationalitätenproblem nicht vom Fleck kamen, ist nicht erstaunlich, nachdem in ihrem Verlauf auch die andern Minderheiten im Staate, einer nach dem andern, ihre Forderungen ebenfalls in möglichst ultimativer Form, jeweils von dem entsprechenden Staat jenseits der Grenze unterstützt, auf den Tisch des Hauses legten, bzw. warfen. Die Slowaken brachten sogar ihren Pittsburger Vertrag aus Amerika mit und so häuften sich die Ansprüche an die Regierung in einem Maße, das einfach nicht mehr zu bewältigen war, es wäre denn um den Preis einer sofortigen Liquidation des Staates überhaupt gewesen. Hätte allerdings die tschechoslowakische Staatsführung beizeiten vorgesorgt, so wäre es bestimmt nicht so weit gekommen.

Eine solche Stagnation der Verhandlungen, aus der am Ende, ließ man sie andauern, ein mehr oder weniger deutliches Scheitern der deutschen Ansprüche in ihren wesentlichen Punkten resultiert hätte, war aber für die deutsche Staats-

führung aus außenpolitischen und aus innenpolitischen Gesichtspunkten einfach nicht tragbar, weil diese Situation den Eindruck eines ganz klaren Prestigeverlustes zwangsläufig mit sich gebracht hätte. Es mußte also, von Seiten des deutschen Reiches, so oder so gehandelt werden.

\* \* \*

Es war für die deutsche Diplomatie leicht vorauszusehen, daß der auf den 19. Juli angelegte Besuch des englischen Königspaares in Paris zu einer mindestens stimmungsmäßig erneuten Verengung der englisch-französischen Beziehungen führen würde. Nachdem sich nun bei dem Zwischenfall Ende Mai ergeben hatte, daß die Entente als deutlich bremsendes Element gegenüber den deutschen Ansprüchen auf die Lösung der tschechoslowakischen Frage funktionierte, war demnach die Zeit zum Eingreifen gekommen. So ließ Hitler unmittelbar vor dem Pariser Besuch in London wissen, daß eine weitere Verzögerung in der Lösung der tschechoslowakischen Frage eine unhaltbare Situation ergeben müßte, der Deutschland nicht untätig zusehen können. Die gleichzeitige deutliche Betonung der friedlichen Absichten Deutschlands war geeignet, die in der Erklärung selbst liegenden Gefahren weitgehend zu mildern.

Die britische Regierung, die schon in den Maitagen ihr Interesse an einer Aufrechterhaltung des Friedens in Mitteleuropa bewiesen hatte, mußte sich unter diesen Umständen veranlaßt sehen, erneut einzugreifen, um eine allzu gefährliche Entwicklung zu verhindern. So kam sie auf die Idee, die Dienste eines englischen Staatsmannes als Vermittler anzubieten.

Wohl kaum jemals hat ein Ereignis wie dieser Vorschlag so deutlich die Veränderung in der politischen Haltung eines Landes nachgewiesen. Noch vor wenigen Jahren wäre England kaum zu bewegen gewesen, sich für Mitteleuropa eingehender zu interessieren, obwohl die kommenden Gefahren ja schon seit langer Zeit abzusehen waren. Aber das rapide Anwachsen der Machtstellung des Deutschen Reiches, das zuletzt noch in der Annexion Österreichs zum Ausdruck kam, hat diese Lage völlig verändert. Bei einer weiteren oder wenigstens bei einer allzu rapiden Ausdehnung der deutschen Machtsphäre in Mitteleuropa fürchtet England um das europäische Gleichgewicht, dessen Erhaltung nach wie vor der Grundsatz seiner kontinentalen Politik bleibt. So erklärt sich das zunehmende und immer aktiver werdende Interesse des Britischen Reiches an den Geschehnissen auf dem Kontinent, so erklärt sich aber auch insbesondere die Verstärkung des Bündnisses mit Frankreich. Um dieses Gleichgewicht zu erhalten, zeigt sich England heute bereit, selbst eine direkte Verantwortung zu übernehmen.

Und es hat diese Verantwortung übernommen! Kein Mensch glaubt heute mehr, daß Lord Runciman gewissermaßen in privater, von der britischen Regierung unabhängiger Mission in der Tschechoslowakei weilt. Die Mission Runcimans verpflichtet vielmehr die britische Regierung nach beiden Seiten. Vor allem aber sichert sie, für ihre Dauer zumindest, den Frieden.

Es ist klar, daß unter diesen Umständen der britische Vorschlag, den Lord Halifax nach Paris brachte, von den französischen Stellen günstig aufgenommen wurde. Denn auch Frankreich hat ein Interesse an einer relativen Regelung der ewigen tschechoslowakischen Schwierigkeiten, im Interesse des tschechoslowakischen Staates selbst und damit in seinem eigenen Interesse. Der bekannte Journalist Bertinaz, der sich im allgemeinen als gut orientiert erweist, hat mitgeteilt, daß die französische Regierung ihre Zustimmung zur Entsendung Lord Runciman's nach Prag von zwei Bedingungen abhängig gemacht habe: Es dürfe weder die Souveränität des tschechoslowakischen Staates angetastet, noch die Richtung der von der tschechoslowakischen Regierung selbst für gut befundenen Außenpolitik geändert werden. Die Engländer hätten diese Bedingungen

angenommen. Diese Meldung hat die ganze internationale Presse durchlaufen. Sie ist nie dementiert worden.

Ihr Inhalt erscheint auch nicht als unwahrscheinlich. Trotz allen Schwierigkeiten verfügen nämlich die Tschechoslowakei und Frankreich über eine nicht ungünstige taktische Position. Das tschechische Volk und seine Führung halten heute — zu einem gewissen Teil — die Antwort auf die Frage: Krieg oder Frieden? in ihrer Hand. Und bei der engen politischen Bindung an Frankreich hat Paris in dieser Frage ein sehr gewichtiges Wort mitzusprechen. Wer die Verhältnisse in der Tschechoslowakei einigermaßen kennt, der weiß um den Haß, den die Tschechen den Deutschen gegenüber empfinden, — er weiß auch um das gesteigerte Nationalgefühl dieses Volkes von sieben Millionen, das die Existenz des von ihm geschaffenen Staates und damit seine eigene Freiheit niemals freiwillig aufgeben wird. Die Tschechen sind ein mutiges Volk und verfügen über eine ausgezeichnete Armee, die auch einem starken Gegner, zu schaffen gäbe. Sie sind entschlossen, die Türe der Verhandlungen ohne Rücksicht auf die Konsequenzen in dem Augenblick zuzuschlagen, wo eine Einigung nur im Wege einer Gefährdung der Souveränität des Staates oder seines Bestandes zu erzielen wäre. Sie wissen dabei wohl, daß sie einen Konflikt mit Deutschland auf die Dauer natürlich nicht erfolgreich bestehen könnten. Aber sie verfügen eben deshalb über eine günstige taktische Position, weil sie wissen, daß ein kriegerischer Konflikt mit Deutschland kaum lokalisiert werden könnte. So haben sie irgendwie den Schlüssel in der Hand. Frankreich seinerseits sekundiert sie und dürfte wohl im wesentlichen ihre politischen Entschlüsse im Verlaufe der Verhandlungen mitbestimmen.

Es scheint unter diesen Umständen nicht allzu abwegig, zu vermuten, daß die Mission Runciman in letzter Linie tatsächlich den von der französischen Außenpolitik formulierten Bedingungen unterworfen ist. Es dürfte natürlich äußerst schwierig sein, zu einer einigermaßen annehmbaren Lösung zu kommen. Zur Zeit ist die Lage völlig auf dem Nullpunkt, nachdem die Sudetendeutschen den mühsam ausgearbeiteten Vorschlag der Regierung abgelehnt haben. In diesem Augenblick beginnt erst die Aufgabe des Engländers, was auch darin zum Ausdruck kommt, daß er erstmals in diesen Tagen eine Unterredung mit Konrad Henlein geführt hat. Es bleibt abzuwarten, was seiner Geschicklichkeit gelingen mag. Trotz aller Schwierigkeiten sind aber die Aussichten nicht ungünstig.

Denn ein Kompromiß wird zustandekommen müssen, da heute niemand, auch Deutschland nicht, einen Krieg um Böhmen wagen könnte, weil die Gefahr besteht, daß ein allgemeiner Konflikt daraus entstünde. Aus diesem Grunde scheint auch die Erregung über die ausgedehnten deutschen Manöver, über die Einberufung zahlreicher Reservisten, über gewisse umfangreiche Urlaubssysteme, die uns bekannt geworden sind, nicht ohne weiteres begründet. Gewiß hat die deutsche Aktion, die am 15. August zahlenmäßig ihren Höhepunkt erreicht haben soll, beinahe den Charakter einer Mobilmachung. Gewiß sieht es so aus, als ob Deutschland durch den beschleunigten Aufbau einer Befestigungslinie im Westen sich den Rücken für eine Aktion nach Osten hin decken wollte. Aber all' das scheint uns doch mehr darauf abgestellt, die Verhandlungen unter Druck zu setzen und dem eigenen Volk die Bedeutung der militärischen Macht des Reiches vor Augen zu führen. Wir halten es für ausgeschlossen, daß das Reich zum Kriege schreitet, auch wenn am Ende die Verhandlungen ein für die Sudetendeutschen unbefriedigendes Resultat ergeben sollten. Eine kampflose Besetzung der sudetendeutschen Gebiete ist aber angesichts der Haltung der Tschechen ausgeschlossen. Im Falle eines Konfliktes würde das Reich mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit auf ein Eingreifen Frankreichs und Rußlands gefaßt sein müssen, wobei die Haltung Englands angesichts der bestehenden Bindungen unschwer abzusehen wäre. Hitler würde damit den ganzen mühseligen Aufbau des jungen Reiches aufs Spiel setzen.

Auch die gesamte internationale Lage wäre für eine solche Aktion wenig günstig. Den Bundesgenossen und Freunden des Reiches geht es zur Zeit nicht besonders. In Spanien kommen die Dinge nicht vom Fleck, sodaß bereits wieder von italienischen Truppen sendungen die Rede ist. Italien wird voraussichtlich noch für längere Zeit mit der spanischen Angelegenheit zu tun haben und befindet sich trotz aller Bemühungen Großbritanniens gegenüber in einer durchaus ungeklärten Lage, weil auf eine Inkraftsetzung des Osterabkommens zur Zeit kaum zu rechnen ist.

Vor allem aber dürfte die Lage im Fernen Osten auch im Reich zu denken geben. Der japanische Vormarsch in China entwickelt sich nicht programmgemäß. Es ist unverkennbar, daß der chinesische Widerstand mit jedem weiteren Vordringen der Japaner zunimmt. Japan wird wahrscheinlich auf Jahre hinaus mit dem chinesischen Experiment zu tun haben, ohne aber irgendwie die Sicherheit eines endlichen Erfolges vor sich zu sehen. Kennzeichnend ist auch der jüngste Konflikt an der russisch-mandschurisch-koreanischen Dreiländerecke, von dessen vorläufiger Erledigung sich bestimmt das eine sagen läßt: daß sie für Japan keinen Erfolg bedeutet. Eine militärische Bindung Rußlands durch Japan erscheint in absehbarer Zeit ausgeschlossen; wahrscheinlich ist eher das Gegenteil.

Die Verhältnisse liegen zur Zeit so, daß eine militärische Aktion des Reiches nicht ratsam erschiene. Ausschlaggebend aber erscheint dabei die durch den wahrlich imposanten Königsbesuch in Paris auch äußerlich bestätigte zunehmende Verengung der britisch-französischen Entente, die auf absehbare Zeit als unerschütterlich bezeichnet werden muß.

Dabei steht nach der bereits erwähnten Rede Cordell Hull's, vollends aber nach der gestrigen Rede des Präsidenten Roosevelt in Canada doch wohl fest, daß die Vereinigten Staaten im Konfliktfalle den Westmächten in massivster Weise mit Material und Krediten beistehen würden. Das Beispiel des Weltkrieges zeigt deutlich, wie aus solcher Unterstützung beinahe zwangsläufig aktive militärische Intervention erwächst.

Zürich, den 19. August 1938.

Jann v. Sprecher.

# Mehrpolitische Rundschau

## Reform der Armeeleitung?

Nach Verbesserung der Ausbildung, der Bewaffnung und der Organisation unserer Armee ist endlich auch das Problem der Armeeleitung für eine Lösung reif geworden und zur öffentlichen Diskussion gestellt. Nach Beratungen der Landesverteidigungskommission hat der Bundesrat am 27. Mai Richtlinien erlassen über eine Umgestaltung der Armeeleitung und des Militärdepartements, auf Grund derer nun die Generalstabsabteilung endgültige Vorschläge auszuarbeiten hat. Diese Richtlinien sehen eine bedeutende Vereinfachung in der Organisation des Militärdepartementes vor. Die 15 heute dem Departementschef direkt unterstellten Abteilungen werden zusammengefaßt in drei Gruppen. Die verschiedenen Abteilungen mit Truppen werden zusammengefaßt unter einem neu einzusetzenden Ausbildungschef, der die Oberleitung über die Rekruten- und Kaderausbildung ausüben würde, ausgenommen die Rekruten- und Unteroffizierschulen der Infanterie, die direkt den Divisionskommandanten unter-